



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

■ ANALYSE		
Prognose der russischen Wirtschaftsentwicklung 2010–2012		2
Von Pekka Sutela, Finnische Zentralbank, Helsinki		
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		5
■ ANALYSE		
Das Innovationspotential der russischen Wirtschaft		8
Von Julian Cooper, Universität Birmingham		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Forschung und Entwicklung in Russland		11
■ KOMMENTAR		
Chinesische Investitionen in Osteuropa.		
Erfolg durch aggressive Finanzierungsangebote		13
Von Andreas Metz, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Ost-Ausschuss: Deutscher Export nach Osteuropa findet zu alter Stärke zurück		15
■ CHRONIK		
Vom 20. Oktober bis zum 4. November 2010		17



Prognose der russischen Wirtschaftsentwicklung 2010–2012

Von Pekka Sutela, Finnische Zentralbank, Helsinki

Zusammenfassung

Nach einer außergewöhnlich tiefen Rezession kehrt die russische Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zurück. Wir erwarten in unserer Prognose ein sehr stabiles Wachstum. Ebenso wird ein schneller Zuwachs der Importe nach Russland angenommen. Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sowie der Importe werden sich im Prognosezeitraum bis 2012 zwar verringern, es wird jedoch davon ausgegangen, dass sich das BIP-Wachstum bei ca. 5 % und das Importwachstum bei über 10 % hält. Das Wachstum wird, obwohl im internationalen Vergleich relativ hoch, nicht mehr die Dynamik des langen Wachstumsschubs vor der Wirtschaftskrise von 2000 bis 2008 erreichen. Nach unserer Prognose wird das BIP Mitte 2011 den Höchststand vor der Wirtschaftskrise 2008 wieder erreicht haben. Wie immer bleiben bei Prognosen aber Ungewissheiten bestehen.

Einleitung

Mein letzter Beitrag in den Russland-Analysen (Nr. 182 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalyse182.pdf> im Mai 2009) betonte die Schwierigkeiten bei der Abschätzung, wie es Russland in der großen Rezession ergehen würde, die im Herbst 2008 ausbrach und Russland fast unmittelbar erreichte. Die Prognose der Finnischen Zentralbank gehörte zu der Zeit zu den pessimistischsten, sie erwartete einen Rückgang des BIP um 2 % sowie einen Importeinbruch von 13 %. Tatsächlich war dies nicht düster genug. In Wirklichkeit fiel das BIP um fast 8 % und die Importe brachen um ganze 27 % ein. Auf Grund der moderaten Abschwungserwartungen wurde auch eine eher langsame wirtschaftliche Erholung von 1 % beim BIP und 2 % bei den Importen erwartet. Heute wissen wir, dass sich die Situation im Jahr 2010 wesentlich schneller verbessern wird – von einer niedrigeren Ausgangsposition, als Anfang 2009 erwartet werden konnte. Es stellt sich die Frage, wie es zu solchen Vorhersagefehlern kam. Gleichzeitig muss jedoch bemerkt werden, dass die Prognosefehler der Finnischen Zentralbank keineswegs zu den Schlimmsten zählten. Die BIP-Prognosen, die im März 2009 von Consensus Economics, einer internationalen Organisation für Wirtschaftsumfragen, erstellt wurden, variierten zwischen zwei und minus vier Prozent.

Der Einfluss der globalen Wirtschaftskrise auf Russland

Die Wirtschaftskrise tangierte Russland auf drei Wegen – über den Einbruch der Rohstoffpreise in Kombination mit einem Rückgang der Nachfrage nach russischen Rohstoffexporten, über staatliche Konjunkturprogramme vor allem in China und über ausländische Kapitalabzüge von den russischen Finanzmärkten.

Im Sommer 2008 kletterte der Ölpreis auf fast 150 US-Dollar pro Barrel und manch renommierter Experte erwartete in Kürze einen Ölpreis von 200 US-Dollar. Tatsächlich stürzte der Preis bis zum Jahresende auf

weniger als 50 US-Dollar und stabilisierte sich anschließend bei 70 bis 80 US-Dollar. Der allgemeinen Preispolitik der europäischen Gasimporte zufolge war klar, dass der Gaspreis mit einer durchschnittlichen Verzögerung von sechs bis neun Monaten diesem Trend folgen würde. Die Einnahmen aus Energieexporten sind eine zentrale Einnahmequelle des russischen Staatshaushaltes und brachen nun ebenfalls ein. Hinzu kam, dass aufgrund der Stagnation der Weltwirtschaft auch die Metallpreise einbrechen würden; dieser Faktor wurde darüber hinaus durch einen Rückgang der Exportmengen verstärkt. Dies betraf vor allem den Stahl, der in konjunkturabhängigen Branchen wie der Automobilindustrie und der Bauwirtschaft nachgefragt wird. Europas Nachfrage nach Stahl halbierte sich beinahe über Nacht, was Russland und sogar mehr noch die Ukraine betraf. Im Ergebnis sanken die Exportpreise und für einige Produkte auch die Exportmengen.

Dies hatte extrem pessimistische Prognosen zu Folge, die bald einem schnellen Wandel unterworfen wurden. Obwohl der Ölpreis tief eingebrochen war, erholte er sich schneller als gedacht. Dies lag an einem anderen, unerwarteten Faktor. Die Wirtschaftskrise beeinträchtigte nämlich das Wirtschaftswachstum der südostasiatischen Volkswirtschaften fast überhaupt nicht. Ohne Zweifel verringerte sich das Wachstum in China gegen Ende 2008, die Regierung reagierte jedoch schnell mit staatlichen Konjunkturprogrammen, die mit den riesigen Geldreserven des Landes finanziert werden konnten und offensichtlich bereits vorhandenen Planungen folgten. Als Rohstoffexporteur konnte Russland von der asiatischen Nachfrage schnell profitieren.

Der dritte Weg, auf dem die globale Wirtschaftskrise Russland traf, war über die Finanzwirtschaft. Im Land hatte sich ein duales Finanzsystem entwickelt, mit großen, kreditwürdigen Exportunternehmen, die einfachen Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten hatten, auf der einen Seite und einem aufgrund

weitverbreitetem Misstrauen unterentwickelten einheimischen Banken- und Finanzsystem auf der anderen Seite. Der russische Staat hatte praktisch keine Schulden. Die Summe der Privatschulden war ebenfalls sehr gering. Die staatlichen Devisenreserven deckten alle ausländischen Schulden ab. Die wenigen bestehenden Schulden waren von kurzfristiger Natur und konzentrierten sich auf wenige Schuldner in Russland. Das Land schien damit gegen eine globale Finanzkrise immun zu sein. Was jedoch nicht erkannt wurde, war das Ausmaß, in dem die Kreditvergabe im Interbankenmarkt vom Ausland abhing. Kreditgeber sichern, bei einer aufkommenden Krise, zuallererst ihre Heimatmärkte. Als sich die Finanzströme in Folge der Wirtschaftskrise von Russland abwandten, brach der Interbankenmarkt, die Lebensader jeglicher Wirtschaft, zusammen und die Wirtschaft erlebte einen abrupten Einbruch. Dieser Einfluss wurde in den Wirtschaftsprognosen nicht berücksichtigt und verursachte einen Großteil der Analysefehler weltweit.

Die russische Reaktion auf die Wirtschaftskrise

Insgesamt war Russland auf eine solche Krise vorbereitet. Der internationalen Wirtschaftsordnung wurde nicht vertraut. Wie die meisten rohstoffabhängigen Staaten, so hatte auch Russland bedeutende Devisenreserven angehäuft. Obwohl ein Teil des Geldes für die Rentenkasse benötigt wird, waren die Reserven im Grunde für Notfälle gedacht, nicht aber, um das Lebensniveau auch nach dem Versiegen der fossilen Energiereserven aufrecht zu halten, wie das in Norwegen der Fall ist. Mit der globalen Wirtschaftskrise sahen die Vertreter dieser Politik, allen voran Wladimir Putin und Finanzminister Alexej Kudrin, ihre Strategie bestätigt. Dies ändert aber nichts daran, dass die Opportunitätskosten der konservativen Fiskalpolitik, wie zum Beispiel zugunsten der Devisenreserven nicht gebaute Straßen, bestehen bleiben.

Die Krise wurde durch bewusste politische Entscheidungen verschärft, die die Stabilität des Wirtschafts- und Finanzsystems sichern sollten. Ein Beispiel war die schrittweise Abwertung des Rubels zur Vermeidung eines abrupten Kurseinbruchs, die Ende 2008 vom Ministerpräsidenten persönlich beschlossen wurde. Die resultierenden umfangreichen Stützungskäufe der Zentralbank verringerten die Devisenreserven um ein Drittel. Den Haushalten, Unternehmen und Banken wurde damit Zeit gegeben, ihre Rubelreserven zu offensichtlich vorteilhaften Wechselkursen in ausländische Währungen umzutauschen. Die staatlichen Devisenreserven kamen damit privaten einheimischen Kapitalbesitzern zugute. Aus Sicht des Internationalen

Währungsfonds wurde so aber gleichzeitig auch eine Bankenkrise verhindert.

Die zweite, zentrale politische Entscheidung betraf staatliche Konjunkturprogramme. Diese wurden auf Großbetriebe konzentriert und hielten somit viele Monostädte – Städte mit nur einem Großunternehmen als wesentlichem Arbeitgeber – am Leben. Dies wurde zwar als wirtschaftlich ineffizient erkannt, da viele dieser Firmen niemals wettbewerbsfähig werden würden, aber aus Gründen der sozialen und politischen Stabilität für unvermeidbar gehalten. Gleichzeitig wurden die Renten 2009 im Durchschnitt um das Vierfache und 2010 noch einmal um fast die Hälfte erhöht. Die Haushaltseinkommen sind in Russland dadurch während der großen Wirtschaftskrise sogar gestiegen.

Das politische Motiv ist offensichtlich. Ein Drittel der russischen Wähler ist im Rentenalter und viele sind durchaus zu Protesten bereit, zumal das Rentenniveau weiterhin niedrig ist. Andererseits wurde aber ein zentraler Ausgabenposten als Belastung in die Zukunft übertragen. Dies stellt den Staatshaushalt vor größere Herausforderungen, da das Rentensystem schon heute nahezu bankrott ist. Erschwerend kommt hinzu, dass derzeit ein geburtenschwacher Jahrgang auf den Arbeitsmarkt kommt während die Lebenserwartung parallel zum Einkommen wächst.

Ausblick

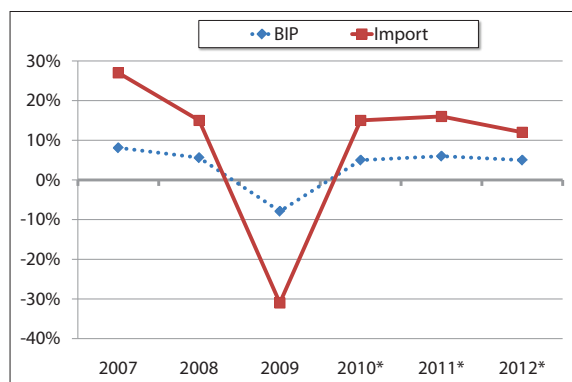
Wie schnell und nachhaltig sich die russische Wirtschaft von der Krise erholen wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Ein rein technischer, aber wichtiger, ist die Lagerhaltung der russischen Firmen. Die Statistik zeigt für Russland im Zuge der Wirtschaftskrise einen extremen Rückgang. Der folgende Aufschwung könnte also durch das kurzfristige Füllen der Lagerhallen bewirkt worden sein. Die entsprechenden Statistiken sind aber im russischen Fall nicht sehr zuverlässig. Solche, eher technischen Fragen stehen im Zentrum, um die Nachhaltigkeit des seit Mitte 2009 beobachteten Aufschwungs zu bestimmen.

Insgesamt wird Russland von den gleichen Faktoren aus der Krise gezogen, durch die es auch hinein geriet. Die Exportpreise haben sich erholt und mit diesen auch Exportmengen. Die Weltwirtschaft wird von liquiden Mitteln überschwemmt, die nach profitablen Anlagen suchen und von Neuem bereit sind, ein größeres Risiko in Schwellenländern einzugehen. Die russische Wirtschaft kehrt auf einen konsumbasierten Wachstumspfad zurück und die Importe schnellen deutlich nach oben. Die russische Führung geht davon aus, dass sie die Krise gut überstanden hat und Selbstzufriedenheit kehrt wieder ein. In der Tat hat sie keine größeren Fehler gemacht.

Weiterhin bleiben aber zahlreiche Unsicherheiten. Die internationale Wirtschaft ist nach wie vor krisenanfällig. In Russland ist das Ausmaß der Lagerhaltung bei Firmen unklar und der Staatshaushalt ist nicht ausgeglichen. Das schnelle Wachstum der Importe belastet die Zahlungsbilanz und den Rubel. Nachdem die alten Produktionskapazitäten bald wieder ausgelastet sind, muss zukünftiges Wachstum mehr als zuvor auf Investitionen basieren.

Russland muss, wie auch schon vor der Wirtschaftskrise erkennbar war, zwei große Themen angehen: die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskraft (verbunden mit einer Diversifizierung weg von der Rohstoffproduktion)

Prognose zur Wirtschaftsentwicklung



* = Prognose

und die Aufrechterhaltung der Exportkapazitäten bei stagnierenden Produktionsmengen (verbunden mit einer Senkung des Binnenverbrauchs durch wirtschaftliche Modernisierung). Putin und Medwedew, die beiden Köpfe der russischen Tandemokratie, sind sich diesbezüglich völlig einig. Kontroverse Diskussionen gibt es in Russland jedoch darüber, inwieweit diese Herausforderung ohne eine ernsthafte politische Demokratisierung gemeistert werden kann. Die Unterschiede beziehen sich aber eher auf verschiedene Grautöne, nicht auf die Alternative zwischen schwarz und weiß, und in der politischen Elite werden sie eher im eigenen Kopf gewälzt, als dass sie zu Diskussionen mit anderen führen.

Die sich aus einer Einschätzung all dieser Faktoren ergebende aktuelle Wirtschaftsprognose der Finnischen Zentralbank zu Russland ist online verfügbar (siehe Lesetipps) und soll deshalb hier nicht weiter ausgeführt werden. Die erwartete Entwicklung von BIP und Importen zeigt die nebenstehende Grafik. Unsere Prognose stimmt vollkommen mit dem derzeit bestehenden Konsens internationaler Experten überein. Meinungsverschiedenheiten gibt es jedoch bezüglich des wirtschaftlichen Schadens, den das extreme Wetter dieses Jahres bewirkt hat, sowie bezüglich der kurzfristigen Dynamik des BIP sowie der Wechselkursentwicklung und damit verbunden der Höhe der Importe.

Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Laug

Über den Autor:

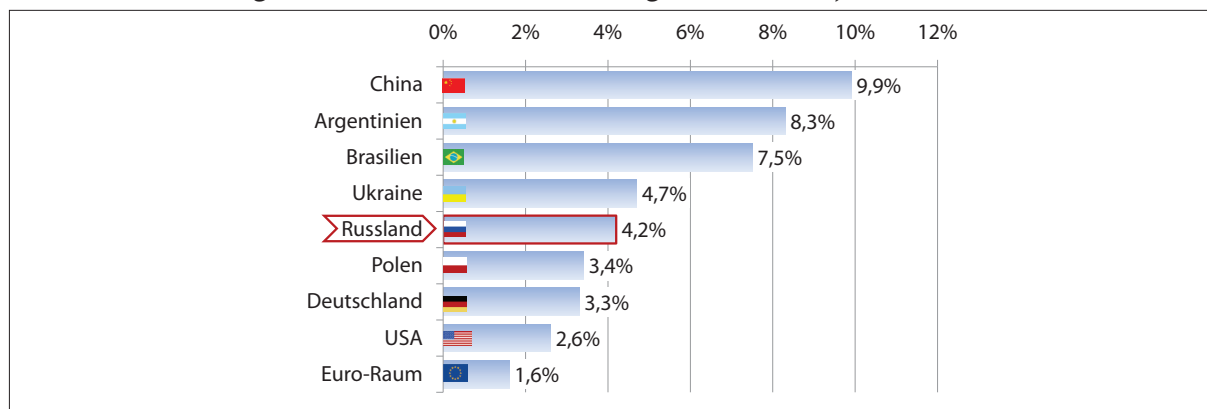
Pekka Sutela ist leitender Berater für Währungspolitik und Währungsforschung der Finnischen Zentralbank. Dieser Artikel basiert im wesentlichen auf der Prognose der Finnischen Zentralbank zur wirtschaftlichen Entwicklung Russlands von 2010 – 2012 in der Fassung vom 29. September 2010. Zusätzliche Angaben und Interpretationen verantwortet der Autor allein.

Lesetipps:

- BOFIT Russia Desk: BOFIT Forecast for Russia 2010–2012, 29 September 2010, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/ennuste/2010/brf210.htm
- Sutela, Pekka: Russia's Response to the Global Financial Crisis. Carnegie Policy Outlook, 29 July 2010, http://carnegieendowment.org/files/russia_crisis.pdf

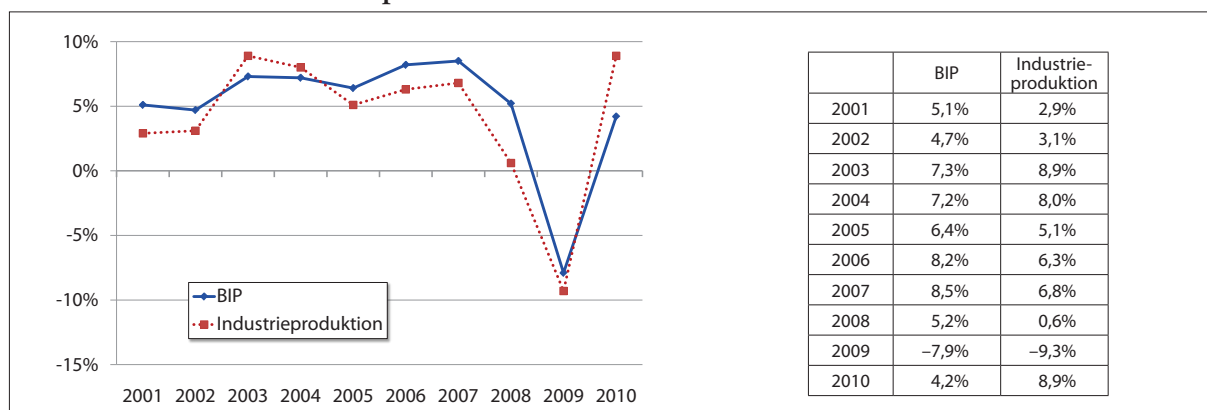
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>, 4.11.2010.

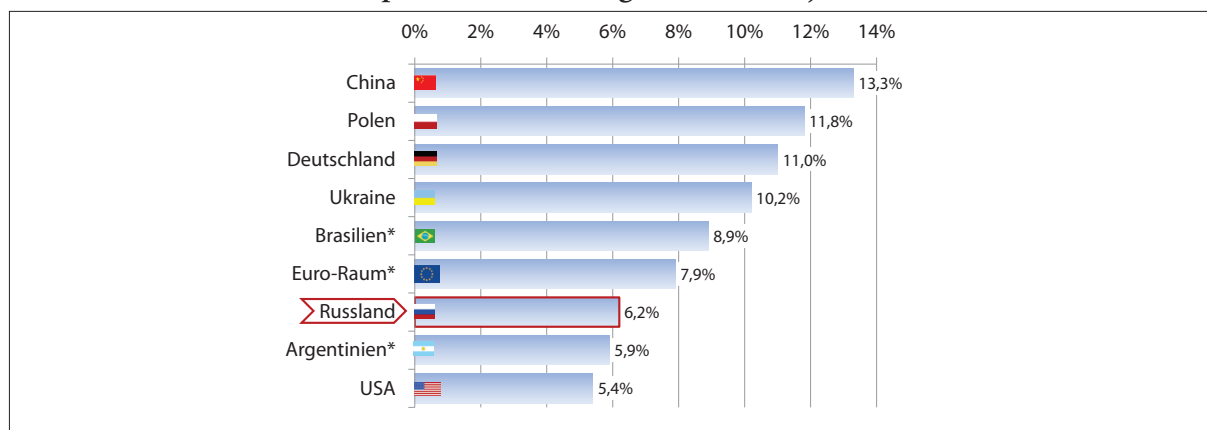
Grafik 2: BIP und Industrieproduktion seit 2001



Anm.: Wert für 2010 für das 1. Halbjahr (BIP) bzw. die ersten 9 Monate (Industrieproduktion).

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

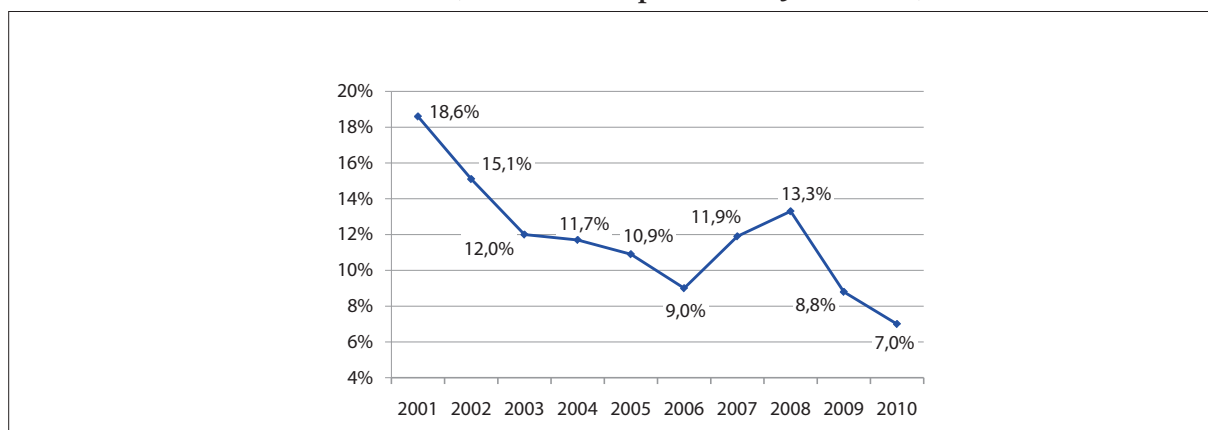
Grafik 3: Aktuelle Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat



Anmerkung: Angaben für September 2010, *= August 2010.

Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>.

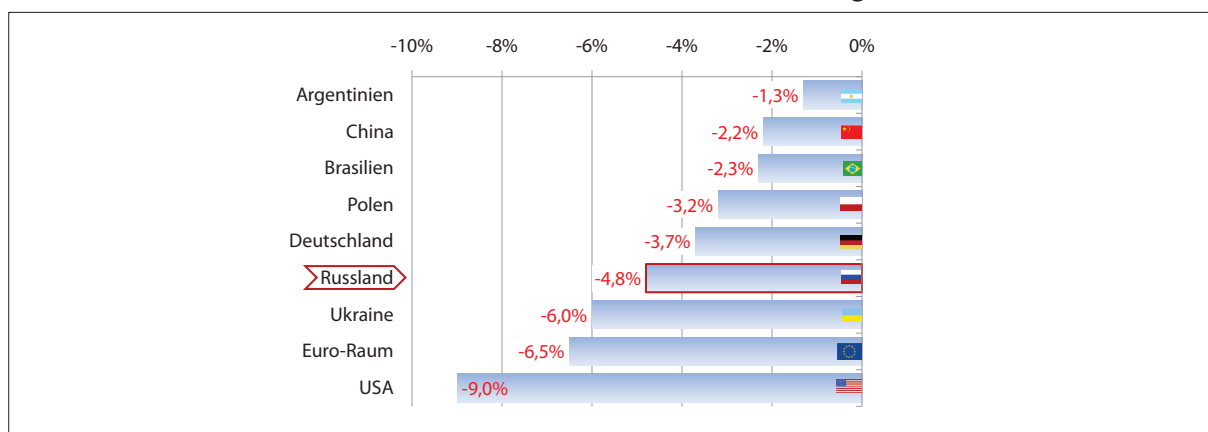
Grafik 4: Inflationsrate seit 2001 (Konsumentenpreise zum Jahresende)



Anmerkung: Wert für 2010 zum Stand vom September.

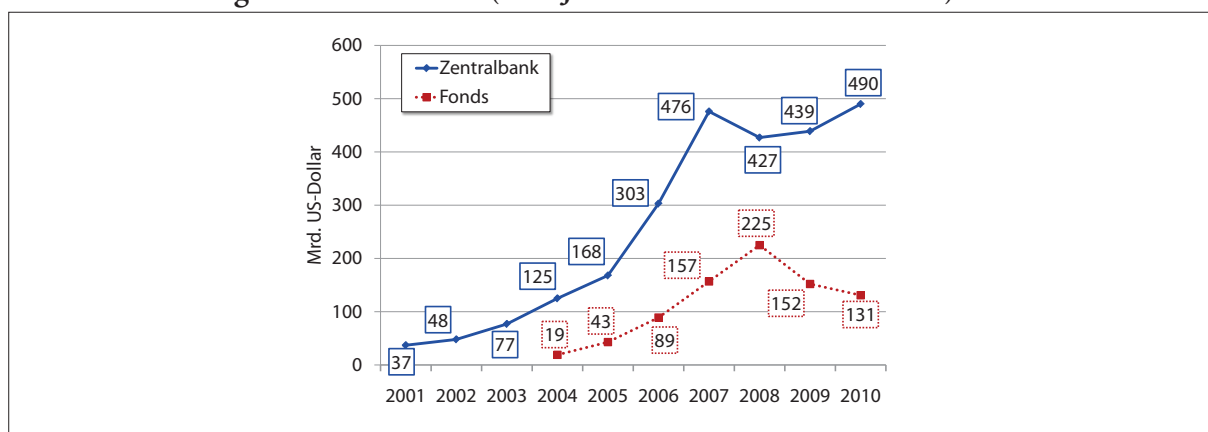
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 5: Bilanz des Staatshaushalts als Anteil am BIP (Schätzung für 2010)



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>, 4.11.2010.

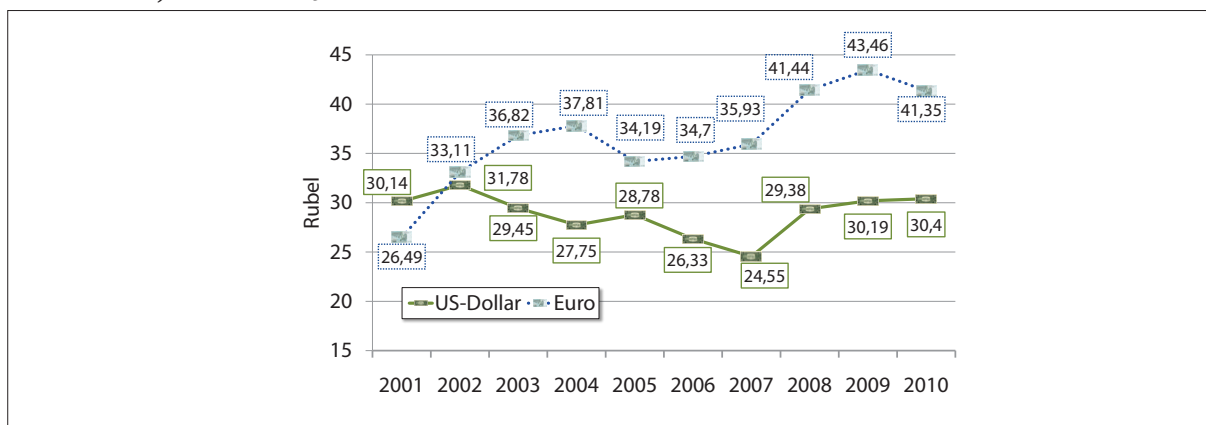
Grafik 6: Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank sowie Wert der staatlichen Vermögensfonds seit 2001 (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)



Anmerkung: Werte für 2010 zum Stand vom September. Vermögensfonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfonds, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

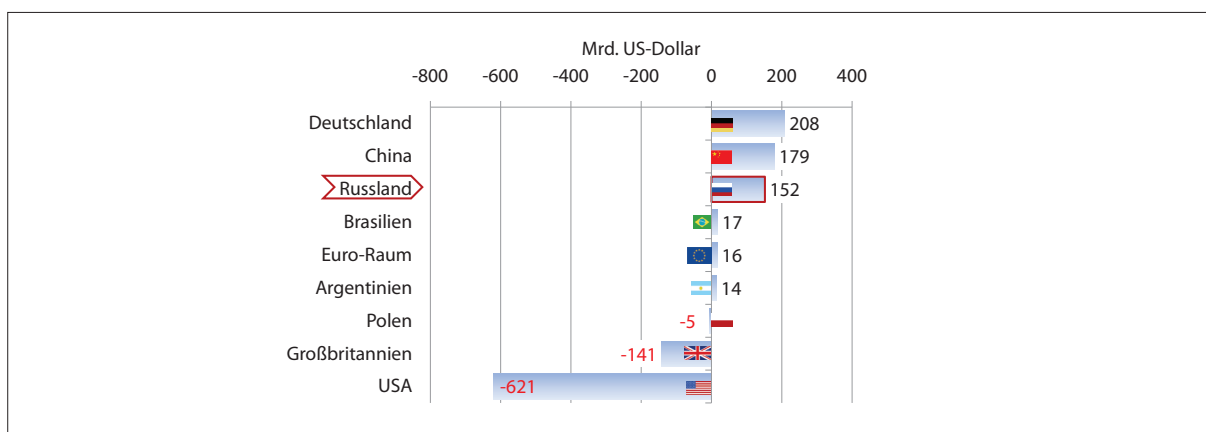
Grafik 7: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro seit 2001 (jeweils zum Jahresende)



Anmerkung: Wert für 2010 zu Ende September.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

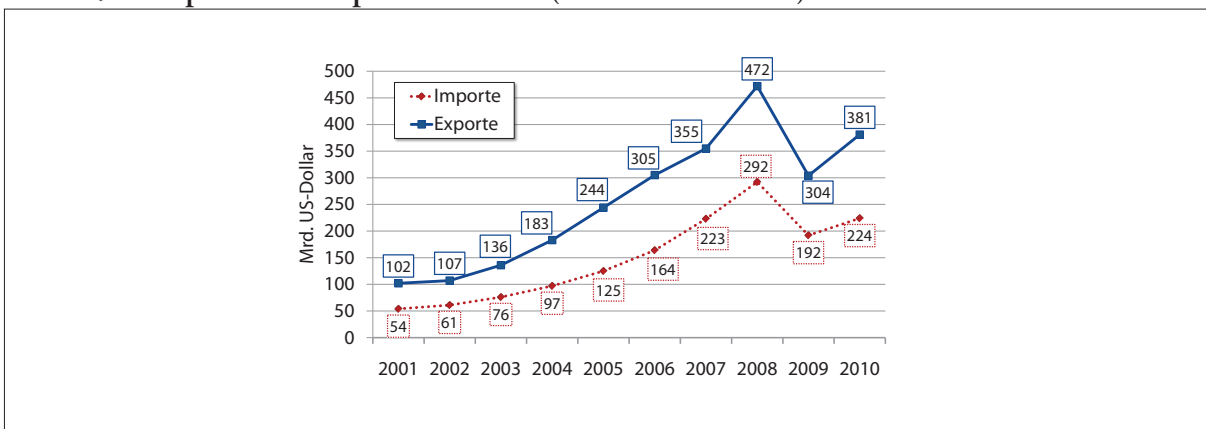
Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Werte für August 2010.

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>.

Grafik 9: Importe und Exporte seit 2001 (in Mrd. US-Dollar)



Anm.: Wert für 2010: Hochrechnung aufgrund der Zahlen der ersten 8 Monate.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Das Innovationspotential der russischen Wirtschaft

Von Julian Cooper, Universität Birmingham

Zusammenfassung

Seit dem Start der Modernisierungskampagne des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew durch seinen Artikel »Vorwärts Russland!« hat sich das Thema der Innovation in die erste Reihe der politischen Diskussion in Russland gedrängt und bezieht sich heute im Wesentlichen auf ein Projekt: die Entwicklung des »Innovationszentrums« Skolkowo. Das Ziel, diese »Stadt der Zukunft« zu errichten, hat die Aufmerksamkeit von breiteren Fragen nach dem Potential von Forschung und Innovation in Russland abgelenkt. Die Realisierung eines einzigen Projektes mit dem expliziten Ziel, »günstige Rahmenbedingungen für die Konzentration von intellektuellen Ressourcen zur Entwicklung von Innovationen« zu schaffen, hat, nach Meinung einiger Beobachter, einen eher geringen Einfluss auf das Innovationspotential der breiteren Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Artikel gibt einen Überblick über den aktuellen Stand von Forschung und Entwicklung (Research and Development, R&D) in Russland sowie über das Innovationspotential des Landes. Er schließt mit Überlegungen zum Modernisierungsprojekt und der Rolle Skolkowos.

Forschung und Entwicklung in der sowjetischen Planwirtschaft

Es lässt sich diskutieren, ob Russland im Jahr 2010 über ein Nationales Innovationssystem verfügt, das im allgemeinen Sinne ein Netz zusammenhängender Institutionen darstellt, die, als zentrales Ergebnis ihrer alltäglichen Arbeit, Innovationen fördern. Die Institutionen und Arbeitsweisen in der russischen Forschung und Entwicklung (R&D) haben viele Merkmale des ehemaligen sowjetischen Systems beibehalten. Die aktuelle Situation kann deshalb nicht ohne eine kurze Untersuchung des sowjetischen Erbes verstanden werden.

Zentrale Merkmale des sowjetischen R&D-Systems waren die organisatorische Trennung von Forschung und Produktion, die Dominanz der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nicht nur in der Grundlagenforschung sondern auch in der anwendungsbezogenen Arbeit sowie die relativ geringe Rolle des Hochschulbereichs in R&D. Alle Unternehmen im Wirtschaftsbereich waren in Staatsbesitz und führten selbst wenig Forschung durch. Ein Großteil der R&D wurde durch spezialisierte Forschungsinstitute vorgenommen, die im Allgemeinen organisatorisch von den Unternehmen getrennt waren.

Die Sowjetunion besaß ein beachtliches System der Forschung und Entwicklung sowohl hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten und als auch der angegebenen Forschungsausgaben als Teil der Wirtschaftsleistung, auch wenn aktuelle Neuberechnungen die sowjetischen Zahlen in Zweifel ziehen. Das sowjetische R&D-System war aber hochgradig militarisiert und wiederholte Versuche, Technologien aus dem militärischen in den zivilen Bereich der Wirtschaft zu übertragen, waren wenig erfolgreich.

Der Innovationsprozess in der Sowjetunion wurde von Staatsbeamten implizit, von Ökonomen häufig explizit, als linearer Prozess verstanden. In diesem Verständnis werden neue Produkte und Prozesse auf der

Basis von Ideen und Erfindungen entwickelt, die aus der Grundlagen- und angewandten Forschung hervorgehen, anschließend in den Produktionsbereich eingeführt und von dort weiterverbreitet. Erst in den letzten Jahren der Sowjetunion wurden manche Forscher auf die späteren Arbeiten von Chris Freeman und anderen westlichen Experten der Wissenschaftspolitik aufmerksam, die das lineare Modell kritisierten und für ein umfassenderes Verständnis plädierten, das Feedbackmechanismen mit einbezieht.

Forschung und Entwicklung im post-sowjetischen Russland

Das russische R&D-System ist weiterhin durch viele sowjetische Merkmale geprägt, beibehalten hat. Es besteht weiterhin eine organisatorische Fragmentierung, die Mehrheit der R&D-Organisationen sind weit entfernt vom Wirtschaftssektor. Zudem sind R&D-Einrichtungen in Unternehmen in der Regel schwach ausgebildet, sogar in manchen Großunternehmen. Die weitgehend unreformierte Russische Akademie der Wissenschaften hat weiterhin eine dominierende Stellung inne. Fast zwei Drittel aller Forschungseinrichtungen sind dementsprechend in Staatsbesitz und beschäftigen 78 % des R&D-Personals; dagegen sind 14 % der Einrichtungen privatwirtschaftlich und beschäftigen weniger als 10 % des gesamten R&D-Personals. Ausländische Beteiligungen sind unbedeutend: gerade einmal 1,5 % der Forschungseinrichtungen haben ausländische Besitzer oder sind Gemeinschaftsprojekte mit ausländischen Unternehmen und beschäftigen nur 2 % des gesamten R&D-Personals.

Auf Grund dieser Übermacht des Staates wird Forschung und Entwicklung vorrangig durch große Forschungsinstitute durchgeführt, kleine Organisationen spielen nur eine geringe Rolle. Dementsprechend

beschäftigten die größten 4 % aller russischen Forschungseinrichtungen im Jahr 2008 insgesamt 53 % des R&D-Personals und waren für 44 % der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung verantwortlich.

Bei der Finanzierung von Forschung und Entwicklung überwiegt die Förderung durch den Staatshaushalt. Der Privatsektor trägt nur einen geringen Teil zur Finanzierung bei. Russland unterscheidet sich diesbezüglich deutlich von den meisten OECD Mitgliedsstaaten. 2008 stammten 65 % der R&D-Finanzierung aus staatlichen Mitteln, verglichen mit 29 % aus dem Privatsektor. In den USA ist das Verhältnis umgekehrt: 27 % trägt der Staat, 68 % die Privatwirtschaft. Die wettbewerbsbasierte Darlehensfinanzierung spielt nur eine geringe Rolle. Eine positive Initiative in den frühen 1990er Jahren war die Gründung der Russischen Stiftung für Grundlagenforschung (RFFI) und der Russischen Stiftung für Forschung in den Geisteswissenschaften (RGNF). Das Finanzierungsvolumen dieser beiden Institutionen macht jedoch keine 2 % der gesamten Ausgaben für R&D in Russland aus.

Die Dominanz des Staates und die Haushaltsfinanzierung lässt sich teilweise dadurch erklären, dass das russische R&D-System weiterhin stark auf militärische Bedürfnisse ausgerichtet ist. Über die Hälfte aller Wissenschaftler arbeitet noch immer in der Verteidigungsindustrie, ungeachtet der scharfen Einschnitte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Des Weiteren werden 35–40 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke verwendet, zugegebenermaßen ein beachtlicher Rückgang von den ca. 70 % zu Sowjetzeiten.

Das Hochschulwesen spielte in der Sowjetunion in R&D eine geringe Rolle, viele Universitätsangestellte führten keine Forschung durch. In jüngster Zeit versucht die Regierung aktiv, den Forschungsbeitrag der Universitäten zu erhöhen – dies ist aber noch ein weiter Weg. Am gesamten Finanzierungsumfang der R&D macht der Hochschulsektor gerade einmal 6–7 % aus, fast ebenso viel wie zu Sowjetzeiten. Zudem werden nur 12 % des Lehrpersonals als Forscher eingestuft. Fast die Hälfte aller Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen beteiligt sich überhaupt nicht an Forschungsaktivitäten.

Ein zentrales Problem des R&D Systems stellt zudem die Demographie des Forschungspersonals dar. 1990 gab es noch über 1.225.000 Forscher; 2008 ist ihre Zahl auf 376.000 gefallen, ein dramatischer Einbruch mit wenigen Anzeichen einer Stabilisierung. Hinzu kommt eine ungünstige Altersstruktur. Mehr als die Hälfte aller Forscher ist älter als 50 Jahre und ein Viertel über dem männlichen Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Besonders hoch ist das Durchschnittsalter in der Akademie der Wissenschaften, ein Drittel der Mitarbeiter ist hier im Rentenalter.

Eine positive Entwicklung in den letzten Jahren ist jedoch der Zuwachs bei Forschern unter 30 Jahren. Ihr Anteil stieg von knapp 11 % im Jahre 2000 auf 18 % und unter Einbeziehung des Hochschulsektors sogar auf fast 20 %. Frauen stellen einen Anteil von 42 % an allen Forschern, unter jenen mit Dokortitel jedoch nur 22 %. Insgesamt wird die russische Wissenschaft so von älteren, männlichen Wissenschaftlern dominiert und Autoritäts- und Patronagebeziehungen sind weit verbreitet.

Kulturelle Faktoren machen verständlich, warum talentierte junge Wissenschaftler, wie die zwei kürzlich ausgezeichneten Physik-Nobelpreisträger Konstantin Novoselov und Andre Geim, es häufig vorziehen, im Ausland zu arbeiten. In Geims Worten verfügt Russland »weder über die Ausstattungen noch Voraussetzungen« und es herrscht ein inakzeptables »Niveau an Bürokratie, Korruption und Idiokratie« (zitiert nach Moscow Times vom 21.10.2010).

Warum ist das Ausmaß der Innovationen so begrenzt? Einen Teil der Antwort liefert das institutionelle und kulturelle Erbe der Planwirtschaft. Es gibt jedoch noch mehr Erklärungsfaktoren. Die Struktur der von der Rohstoffproduktion geprägten russischen Wirtschaft ist dynamischen Innovationprozessen nicht förderlich, da die Nachfrage nach neuen Technologien und Gütern nicht groß genug ist und sich die Wirtschaft auf einen beschränkten Aktionsbereich konzentriert. Zusätzlich verschärft wird die Situation durch einen schwach entwickelten Wettbewerb, der durch die Wirtschaftsstruktur deutlich beeinflusst wird. So ergibt sich ein Teufelskreis: Für die erforderliche Diversifizierung der Wirtschaft benötigt Russland Innovationen, wie auch die staatliche Führung einsieht. Die Voraussetzung für Innovationen ist jedoch wiederum eine wettbewerbsfähige und diversifizierte Wirtschaft.

Skolkowo als Zukunftsprojekt

Wie kann die Entwicklung Skolkowos dabei helfen, diese ungünstige Situation zu verändern? Skolkowo wird eine privilegierte Insel innovativer Aktivitäten sein, die nach eigenen Regeln arbeiten wird. In den ersten Jahren wird sie allein durch den Präsidenten und sein Modernisierungsteam gelenkt. Die Hoffnung scheint zu sein, dass Skolkowo ein Musterbeispiel wird, das über seine Ausstrahlung mit der Zeit die Innovationsmöglichkeiten der Wirtschaft im Allgemeinen fördern wird. Dies ist jedoch nicht das erste Mal, dass »Städte der Zukunft« in Russland errichtet werden, in der Hoffnung, diese würden eine beschleunigte wissenschaftliche und technologische Entwicklung garantieren. Beispiele sind die geschlossenen Städte der Atomforschung wie Arzamas, das Forschungstalente zusammenbrachte um die Atombombe zu entwickeln, sowie die »Wissenschaftsstädte« Dubna,

Troitsk und Obninsk in der Region Moskau, Akademgorodok in Nowosibirsk und Selenograd in der Nähe Moskaus, Heimat der sowjetischen Mikroelektronik.

Nicht verwunderlich ist die geringe Begeisterung einiger der bestehenden Wissenschaftsstädte für Skolkowo, da sie nicht ohne Grund befürchten, an Ressourcen und Status zu verlieren. Denn im Entwurf für den föderalen Staatshaushalt 2011 sind die Zuwendungen für die bestehenden Wissenschaftsstädte um 22 % gekürzt worden. Obwohl in ihrer Startphase privilegiert, hatten diese Zentren nur eine geringe Ausstrahlung auf Wirtschaft und Gesellschaft. Sie alterten und verloren im Laufe der Zeit unvermeidbar an Dynamik, weshalb sie von Medwedew nicht berücksichtigt wurden, als er entschied, ein neues Innovationszentrum zu gründen.

Skolkowo kann jedoch auch in anderer Weise verstanden werden, nämlich als ein *Symbol* der Moderne, ein Versuch des Tandems Putin-Medwedew, Russland in die Reihe der wirklich modernen und innovativen Länder einzugliedern. Bezeichnend hierfür ist eine Darstellung auf der Homepage der Skolkowo-Stiftung, die die »Technikstädte« der Welt, in den USA, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Japan und Korea abbildet. Die Nachricht ist eindeutig: Russland wird mit Skolkowo Teil dieser Elite werden.

Die Kosten von Skolkowo werden langsam offensichtlich. Dem Haushaltsentwurf für 2011 zufolge wird Skolkowo 15 Mrd. Rubel (ca. € 350 Mio.) erhalten, eine bedeutende Summe, vergleichbar mit fast der Hälfte der Zuwendungen für die Russische Akademie der Wissenschaften. Gekürzt wird hingegen die reale Finanzierung von RFFI, RFGN und dem sogenannten »Bortnik-Fond« zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung in kleinen Unternehmen, der allgemein als effektiv angesehen wird.

Ausblick

Pekka Sutela hat sicherlich recht: aktuelle Priorität sollte weniger die Innovation genießen als vielmehr die Imita-

tion (siehe dazu z. B. seinen Beitrag in den *Russland-Analysen* Nr. 156 <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen156.pdf>). Das Projekt Skolkowo selbst kann als ein Beispiel für Imitation betrachtet werden, was darauf hinweist, dass dieser Weg nicht ausgeschlossen ist.

Neben der Imitation sind auch Investitionen von zentraler Bedeutung, vor allem private, da sich die staatlichen als ineffizient erwiesen haben. Im Vergleich zu vielen Schwellenländern mit gesunden Wachstumsraten ist der Anteil des BIP, der für Investitionen ausgegeben wird, in Russland relativ gering und die Finanzintermediation, die Vermittlung zwischen Kapitalnachfrage und -angebot, unterentwickelt. Bei der Modernisierung des Industriestandortes bestehen große Möglichkeiten durch den Import bereits im Ausland entwickelter Technologien und der Förderung von ausländischen Direktinvestitionen. Dies wird die Herstellung von moderneren, qualitativ hochwertigeren und wettbewerbsfähigen Produkten ermöglichen. Die Erfahrung anderer Schwellenländer verdeutlicht, dass diese Maßnahmen den Wettbewerb fördern, Innovationsprozesse ankurbeln und die Nachfrage nach Innovationen erhöhen. Mit der Zeit wird dies die Diversifizierung der Wirtschaft unterstützen.

Es bestehen jedoch auch reale Möglichkeiten der rohstoffbasierten Sektoren, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen – ein potenzieller Wettbewerbsvorteil des rohstoffreichen Russlands. Währenddessen kann das R&D-System modernisiert, das Potenzial der Universitäten ausgebaut, der Sektor der Kleinunternehmer gefördert und die wesentlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um mit der Zeit ein wirkliches Nationales Innovationssystem zu entwickeln.

Mit Skolkowo sehen wir in Russland nicht zum ersten Mal den Versuch, einen großen Sprung nach vorne zu machen, um einen Entwicklungsrückstand durch »außerordentliche« Mittel zu verkleinern. Wie auch bei vorherigen Versuchen ist der Erfolg wahrscheinlich flüchtig und die Kosten könnten sich als hoch erweisen.

Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Laug

Über den Autor:

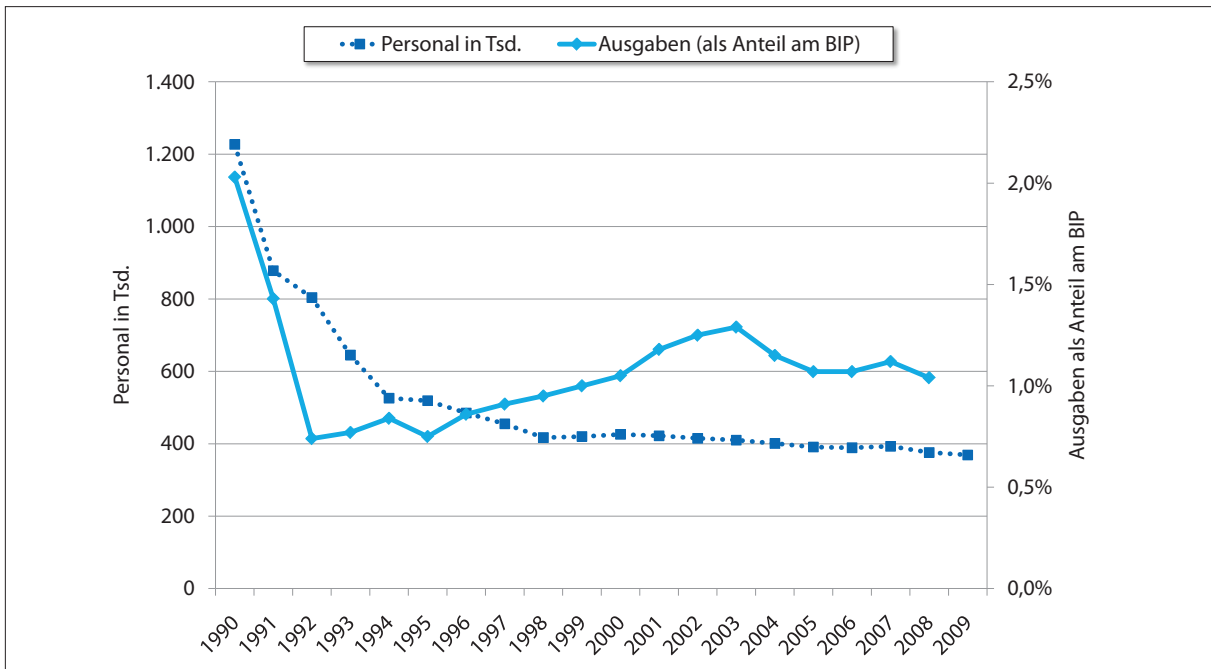
Julian Cooper ist Professor für Wirtschaftswissenschaften am Zentrum für Russland- und Osteuropastudien der Universität Birmingham, UK. Zudem ist er Co-Direktor des Centre for East European Language Based Area Studies, ein Netzwerk englischer Universitäten an der School of Slavonic and East European Studies am University College London (SSEES-UCL), Birmingham und Oxford.

Lesetipps

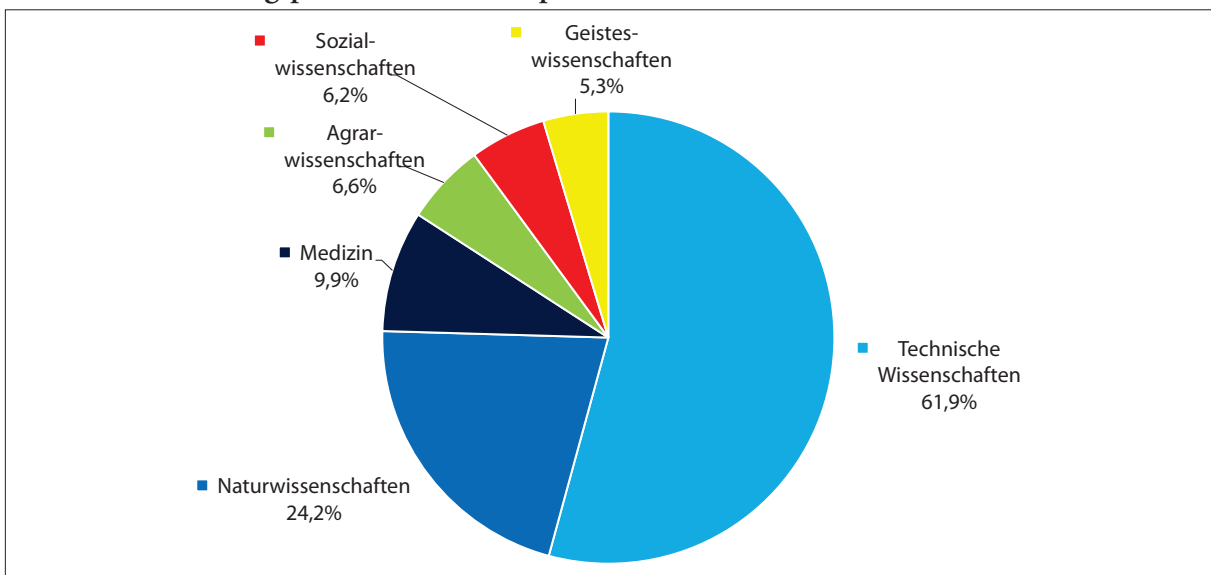
- Dezhina, I.G. and Saltykov, B.G. (2005), 'The National Innovation System in the Making and the Development of Small Business in Russia', *Studies on Russian Economic Development*, 16, 2:184–190
- Radosevic, Slavo (2003), 'Patterns of preservation, restructuring and survival: science and technology policy in Russia in the post-Soviet Era', *Research Policy*, vol. 32, pp.1105–1124.
- Standardwerk zur sowjetischen Forschung und Entwicklung: Zaleski, E.; Kozlowski, J.P.; Wienert, H.; Davies, R.W.; Berry, M.J.; and Amann, R. (1969), *Science Policy in the USSR*, OECD, Paris.
- Homepage des Fonds zur Entwicklung des Innovationszentrums »Skolkowo«: <http://www.i-gorod.com/future>

Forschung und Entwicklung in Russland

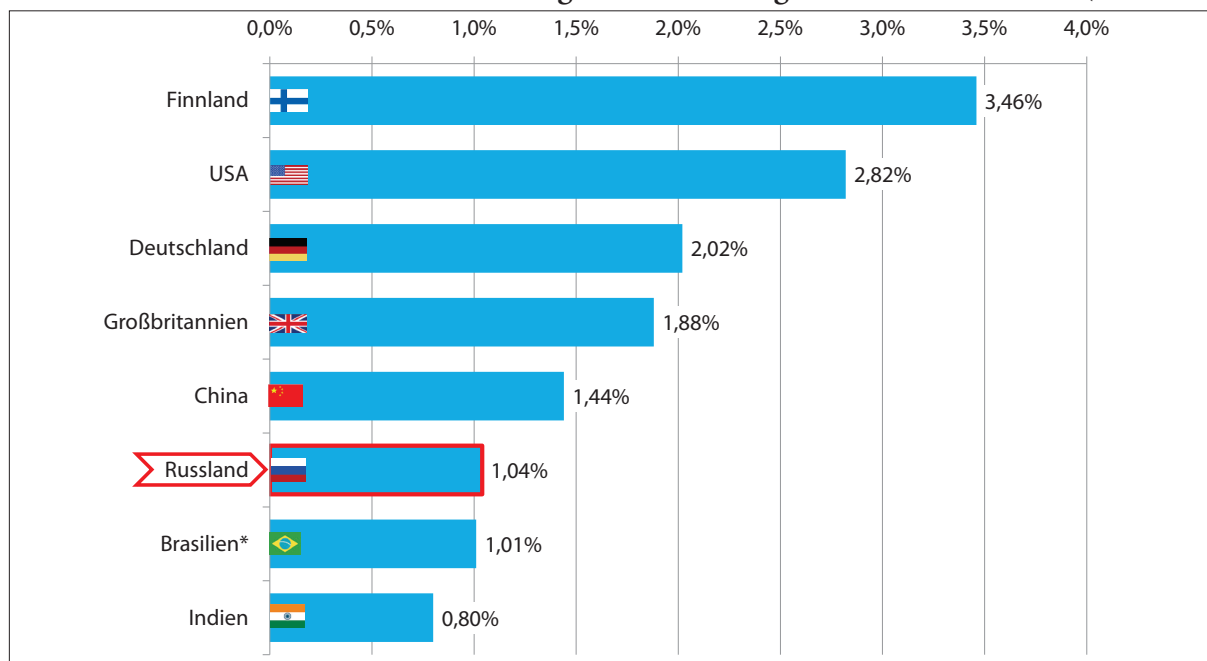
Grafik 1: Aufwendungen für Forschung und Entwicklung



Grafik 2: Forschungspersonal nach Disziplinen, 2008

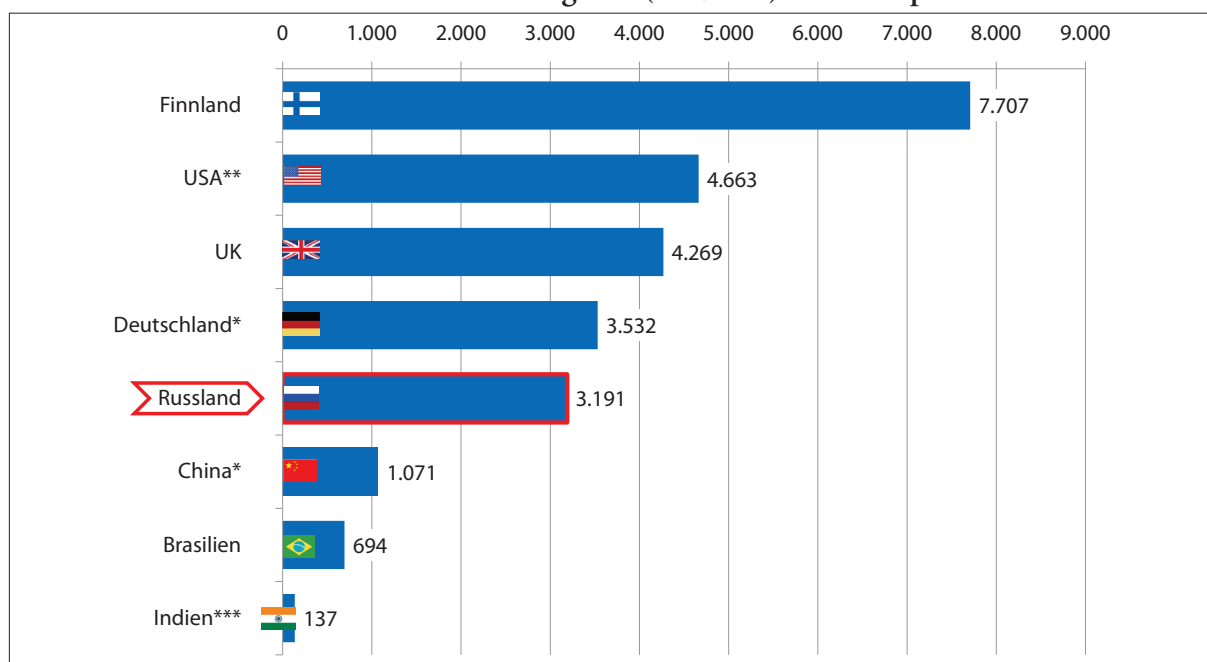


Grafik 3: Russland im internationalen Vergleich: R&D Ausgaben als Anteil am BIP (2005–07)



* 2007

Grafik 4: Russland im internationalen Vergleich (2005–07): Forscher pro Mio. Einwohner



* 2007 ** 2006 *** 2005

Quellen für die Grafiken 1–4 auf S. 11–12: Zusammenstellung des Autoren nach: Russian Federal Statistical Service (<http://www.fsgs.ru>), Centre for Science Research and Statistics, Moscow (<http://www.csr.ru>), OECD, Main Science and Technology Indicators: accessed via Economic and Social Data Service (<http://www.esds.ac.uk>), UNESCO Institute for Statistics (<http://stats.uis.unesco.org>)

Chinesische Investitionen in Osteuropa. Erfolg durch aggressive Finanzierungsangebote

Von Andreas Metz, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Zusammenfassung

Der Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer Studie des Ost-Ausschusses, die zeigt, wie sich chinesische Staatskonzerne in Russland und anderen osteuropäischen Staaten mit Unterstützung ihrer Regierung Aufträge sichern. Eine zentrale Rolle spielen dabei Sonderkonditionen bei der Finanzierung.

Einleitung

Wer dieser Tage die Wirtschaftszeitungen aufschlägt, kommt an China nicht vorbei: Einerseits wird China als wichtigste Triebfeder der Weltwirtschaft und des neuen deutschen Wirtschaftswunders gefeiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die deutschen Ausfuhren nach China im ersten Halbjahr 2010 um 55 Prozent auf 25 Milliarden Euro. Damit liegt China in der Liste der wichtigsten deutschen Ausfuhrländer zwar nur an siebter Stelle hinter Österreich und vor Belgien, machte von allen Ländern allerdings den größten Sprung und es scheint nur eine Frage der Zeit, bis China in dieser Liste ganz oben stehen wird.

China-Bashing

So erfreulich diese Entwicklung ist, so groß schwelt umgekehrt in den Gazetten die Angst vor einem übermächtigen China. »Deutschland beschwört die gelbe Gefahr« titelte die Financial Times Deutschland gewohnt reißerisch am 14. Oktober. Das Reich der Mitte ist dabei, die USA als Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft abzulösen. Egal, welche Länderstatistik man betrachtet, in der halben Welt bewegt sich China als Handelspartner in Richtung Spitze. Im Handel mit Russland hat China bereits Deutschland als größten Exporteur abgelöst: Im Jahr 2009 erreichte China bei den Exporten in Russland einen Marktanteil von 13,65 Prozent, während der deutsche Marktanteil auf 12,69 Prozent zurückging. Im laufenden Jahr dürfte der Abstand noch größer sein. Und China punktet längst nicht mehr nur mit Billigproduktionen, sondern greift die deutsche Wirtschaft dort an, wo sie am stärksten ist: im Maschinen- und Anlagenbau.

Marktwirtschaften leben von Konkurrenz und Konkurrenz belebt das Geschäft und fördert Innovationen. Deshalb gibt es an der Tatsache, dass chinesische Unternehmen zunehmend den Platzhirschen der Weltwirtschaft den Platz streitig machen, nichts auszusetzen. Allerdings gehört zum Wettbewerb, dass alle Spieler nach gleichen Regeln spielen. Bisweilen agiert China wie ein Football-Spieler, der in ein Bundesligaspiel geraten ist und die gegen ihn verteilten gelben und roten Karten

ignoriert. Da China aber kein OECD-Mitglied ist und auch noch nicht alle wichtigen WTO-Nebenabkommen wie das Government Procurement Agreement ausverhandelt sind, tut es dies nicht selten sogar mit Recht.

Was neudeutsch bereits China-Bashing genannt wird, stützt sich in erster Linie auf fünf Kritikpunkten:

1. China hält seine Währung an den Dollar gekoppelt und damit künstlich niedrig, wodurch der Exportweltmeister in der ganzen Welt seine Absatzchancen verbessert. Deutschland beispielsweise importiert immer noch 1,5-mal mehr aus China als es dorthin exportiert.
2. Während chinesische Unternehmen sich immer neue Märkte erschließen, bleibt China für ausländische Investoren ein relativ abgeschotteter Markt – trotz WTO-Mitgliedschaft. Noch immer hat China nicht alle relevanten Zusatzabkommen umgesetzt.
3. Wer als Unternehmer in China Geschäfte machen will, muss zudem oft genug sein Know-how preisgeben und sich so der Gefahr aussetzen, sein wichtigstes Kapital aus der Hand zu geben.
4. In aller Welt ist China dabei, sich die Rohstoffe zu sichern, die das Riesenreich mit 1,3 Milliarden Menschen für seine zukünftige Entwicklung benötigt. Dieser Rohstoffhunger führt zu Verwerfungen an den Rohstoffmärkten, angefangen vom Milchmarkt über den Kupfermarkt bis hin zum Goldmarkt.
5. Während China im Ausland zukaft, ist es bemüht, immer weniger eigene Rohstoffe außer Landes zu lassen. Das berühmteste Beispiel sind die Metalle der so genannten Seltenen Erden, bei denen China aktuell noch 96 Prozent der Weltförderung kontrolliert und die für Hightech-Produkte vom Windrad bis zur Brennstoffzelle unentbehrlich sind. Im laufenden Jahr hat China die Ausfuhr der Seltenen Erden um 40 Prozent gedrosselt, im kommenden Jahr soll es weitere Rückgänge geben. Die WTO verbietet Exportquoten, es sei denn, der Umwelt- und Gesundheitsschutz verlange eine Einschränkung der Förderung. Genau so argumentiert China.

Chinesische Finanzierungsmodelle

Den genannten Gründen hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft Mitte Oktober noch einen sechsten Grund hinzugefügt: China erreicht seine Wirtschaftserfolge im (osteuropäischen) Ausland auch mit markt-aggressiven Finanzierungsmethoden. Das dazugehörige Positionspapier, das der Ost-Ausschuss auf Grundlage von Recherchen unter seinen Mitgliedsunternehmen und deutschen Wirtschaftsverbänden am 13. Oktober 2010 vorstellte, sorgte im Umfeld einer ohnehin aufgeheizten China-Diskussion für ein Presseecho, das von Berlin über London bis nach New York und Tokio und weiter nach Moskau und Warschau hallte.

Die Kernthese des Papiers: Chinesische Staatskonzerne sichern sich in Osteuropa und Zentralasien insbesondere in den Branchen Bau, Verkehrsinfrastruktur, Fahrzeugbau, Industrieanlagenbau, Energie und Telekommunikation immer mehr Aufträge für Großprojekte. Dabei spielen Dumping-Preise, nicht-OECD-konforme Kreditangebote und die großzügige Absicherung von Geschäftsrisiken durch staatliche Banken eine Hauptrolle. Dokumentiert werden in dem Positionspapier Fälle unter anderem aus Polen, Serbien, Moldau, Montenegro, Russland, Kasachstan und Usbekistan.

»Bei der Finanzierung chinesischer Anbieter ist oft eine außergewöhnlich starke staatliche Förderung feststellbar, die sich etwa in sehr niedrigen Zinskonditionen der chinesischen EXIM-Bank für langfristige Kredite oder der Bereitschaft der chinesischen Zentralbank, die Begleichung der Außenstände sowohl in chinesischen Renminbi als auch in lokalen Währungen zu akzeptieren, niederschlägt«, hat der Bundesverband deutscher Banken e.V. festgestellt.

Der wichtigste Vorteil chinesischer Finanzierungen etwa gegenüber Euler Hermes-gedeckten Krediten, die von deutscher Seite angeboten werden, ist, dass bei ersteren Prämien für Bürgschaften durch die chinesische Exportkreditversicherung häufig nicht in Rechnung gestellt werden. Zum Teil werden weder Management noch Commitment Fees berechnet. Allein dadurch können nach Einschätzung von deutschen Bankinstituten chinesische Staatsbanken Kredite zu etwa acht bis neun Prozent günstigeren Konditionen anbieten. Zur Flankierung von Krediten durch den Staat kommen die niedrigen Lohnkosten für chinesische Arbeitskräfte hinzu, die bei Großprojekten aus China angefordert werden.

Fallbeispiele

In Russland vergeben chinesische Banken zunehmend Einzelkredite, die an Handelsgeschäfte geknüpft sind. Unter anderem erhielt die russische Firma AFK Sistema einen Kredit über 900 Millionen Dollar zum Kauf chinesischer Telekommunikationsausrüstung. Mit Milliar-

denkrediten sicherte sich China im Februar 2009 den Zugriff auf 300 Millionen Tonnen Öl: Der vom Kreml kontrollierte größte russische Erdölförderer Rosneft soll von der chinesischen Entwicklungsbank 15 Milliarden Dollar erhalten. Für den Pipelinebetreiber Transneft seien zehn Milliarden Dollar vorgesehen.

Vor fünf Jahren hatte der chinesische Erdöl-Konzern CNPC bereits eine Vorauszahlung in Höhe von sechs Milliarden Dollar an Rosneft geleistet. Damit finanzierte Rosneft den Aufkauf des vom Staat zerschlagenen Konkurrenten Yukos (siehe Handelsblatt »Russland beliefert China für Milliardenkredit mit Öl« vom 17.2.2009). Die Kreditkonditionen sind nicht bekannt, allerdings gibt es Berichte russischer Banken, dass China alles unternimmt, um kommerzielle Beziehungen durch die Gewährung großzügiger Kredite zu entwickeln.

Mehr über Kreditkonditionen weiß man von Projekten in Serbien und Polen. Anfang 2009 unterzeichneten China und Serbien ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft. In dessen Folge wurde eine Reihe von serbischen Aufträgen im Wert von mehreren Milliarden Euro an chinesische Unternehmen vergeben. Eines der größten Projekte mit einem Volumen von 170 Millionen Euro ist eine zweite Donaubrücke in Belgrad, die chinesische Firmen mit serbischen Juniorpartnern bis 2013 bauen sollen. Das Projekt wurde ohne Ausschreibung vergeben. Chinesische Firmen seien auch deshalb zum Zuge gekommen, weil die »Export-Import-Bank of China« (EXIM) für das Projekt einen Kredit in Höhe von 145 Millionen Euro zu einem Zinssatz von drei Prozent und einer Laufzeit von 15 Jahren zur Verfügung gestellt habe (siehe FAZ-Artikel »Chinesische Milliarden für den Balkan« vom 31.1.2010). Die marktüblichen Zinsen für ein solches Projekt bewegen sich in einer ganz anderen Größenordnung, bei deutlich kürzeren Laufzeiten.

In Polen erregte die »China Overseas Engineering Group« (Covec) Aufsehen. Die Tochterfirma der staatseigenen »China Railway Engineering Corporation« gewann zwei öffentliche Aufträge für den Bau von zwei Teilabschnitten der Autobahn A2 zwischen Warschau und Lodz. Das Projekt wird mit einem 500-Millionen-Euro-Kredit der Europäischen Investitionsbank finanziert, also mit europäischen Steuergeldern. Nach Informationen des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie hat Covec die von der polnischen Autobahnverwaltung errechneten Baukosten um jeweils mehr als die Hälfte unterboten und lag um jeweils ein Drittel unterhalb des Angebotspreises des zweitniedrigsten Bieters. Der europäische Bauverband Fiec vermutet direkte und damit unlautere Hilfen für Covec durch den chinesischen Staat, der vermutlich entstehende Verluste trage

(siehe FAZ-Artikel »Polens Autobahn aus chinesischer Hand« vom 8.4.2010). Es ist das erste öffentliche Bauprojekt in der EU, das an einen chinesischen Auftragnehmer ging. Es wird vermutet, dass das Projekt auch als Referenz für ähnliche Ausschreibungen in Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn dienen soll.

Resümee

Die oben zusammengestellten Beispiele zeigen, dass China bei der Ausweitung seiner Wirtschaftsaktivitäten im östlichen Europa und in Zentralasien in hohem Maße politisch-strategisch und nicht in erster Linie wirtschaftlich vorgeht. Abgesehen von dem Fall aus Polen sind chinesische Aktivitäten vor allem in Transformationsländern zu beobachten, die am Rande der EU liegen und in denen europäische Ausschreibungsstandards nicht oder noch nicht verankert sind. Die Gewährung günstiger Finanzierungsbedingungen durch Chinesen könnte dort langfristig den negativen Effekt haben, dass der Druck auf diese Länder, sich europäischen Wirtschafts- und Demokratiestandards anzunähern, nachlässt und das Ziel einer EU-Mitgliedschaft an Ausstrahlung verliert.

Unter Einbeziehung der EU-Kommission, europäischer Kreditanstalten wie der EIB und der EBRD und dem europäischen Wirtschaftsverband Business

Europe fordert der Ost-Ausschuss deshalb eine europäische Antwort auf das chinesische Vorgehen. Unter anderem sollte bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU die Berücksichtigung von Bietern aus Ländern, die wie China nicht an den OECD-Konsensus gebunden sind und auch das Government Procurement Agreement (GPA) der WTO nicht unterzeichnet haben, überprüft und gegebenenfalls unterbunden werden. Es kann nicht sein, dass chinesische Staatskonzerne in Europa für nicht marktkonforme Angebote offene Türen vorfinden, auf dem heimischen Markt aber ausländische Wettbewerber durch Protektionismus ausbremsen. Das internationale Rechtsprinzip der Reziprozität muss beachtet und gleiche Bedingungen für alle Wettbewerber gewährleistet werden.

Nicht zuletzt geht es auch darum, dass die EU in ihrer Nachbarschaftspolitik mit politischen und wirtschaftlichen Angeboten noch stärker auf Transformationsländer wie die Ukraine, Serbien und Russland und auf die zentralasiatischen Länder zugeht, um Reformanstrengungen dort wieder attraktiver und chinesische Angebote weniger lukrativ zu machen.

Letztlich muss es gelingen, China vom zeitweiligen Gegen- zum Mitspieler im Konzert der Weltwirtschaft zu machen. Davon würden am Ende alle profitieren, nicht zuletzt auch China selbst.

Lesetipp

Das komplette Positionspapier in Deutsch und Englisch ist online abrufbar unter <http://www.ost-ausschuss.de/chinesische-aktivit-ten-osteuroopa>

DOKUMENTATION

Ost-Ausschuss: Deutscher Export nach Osteuropa findet zu alter Stärke zurück

Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (Auszüge), 13. Oktober 2010

»Die meisten Länder in Mittel- und Osteuropa bestellen derzeit wieder kräftig Waren »Made in Germany«. Nach einem starken zweiten Quartal rechnen wir für das Gesamtjahr 2010 mit einem deutschen Exportwachstum nahe 20 Prozent«, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold anlässlich eines Bilanzgesprächs vor Journalisten in Berlin. In Osteuropa wachse die Nachfrage nach deutschen Gütern wieder stärker als die Nachfrage aus Westeuropa und den USA. Diese Entwicklung unterstreiche, dass die meisten Länder Mittel- und Osteuropas die Wirtschaftskrise überwunden hätten.

Kritisch äußerte sich Mangold zur Modernisierungsdynamik in Russland. Hier sei die »Schere zwischen Reden und Handeln« immer noch nicht geschlossen. Das derzeitige Wirtschaftswachstum in Russland von etwa vier Prozent dürfe über die bestehende Rohstoffabhängigkeit und die technologische Rückständigkeit des Landes nicht hinwegtäuschen. »Russland hat in den vergangenen zwei Jahren weiter an Wettbewerbsfähigkeit verloren«, sagte Mangold

mit Verweis auf den Global Competitiveness Report des World Economic Forum. »Russland muss mehr Wettbewerb zulassen und sich stärker für ausländische Investoren öffnen, nur so kommen auch das Wissen und das Kapital ins Land, das für die Modernisierung benötigt wird.«

Mangold äußerte in diesem Zusammenhang die Hoffnung, dass Russland bis zum Sommer 2011 der WTO beitrete. »Seit 17 Jahren wird über den WTO-Beitritt gesprochen, nie waren wir einem Durchbruch so nahe. Nach der Einigung Russlands mit den USA bei den Verhandlungen in Genf setzen wir jetzt auch auf eine Einigung zwischen Russland und der EU.« Mangold äußerte die Hoffnung, dass im Zuge der Verhandlungen protektionistische Hürden in Russland für Autos und Landmaschinen beseitigt werden.

Im Gegenzug erwartet Mangold stärkere Anstrengungen von Seiten der EU, zu einer Abschaffung der gegenseitigen Visa-Pflicht mit Russland zu kommen. »Wir können nicht auf Regelungen mit Ländern der Östlichen Partnerschaft wie Georgien, Armenien oder Aserbaidschan warten, ehe sich in Bezug auf Russland etwas tut. Da muss Tempo gemacht werden.«

Aktuelle Entwicklungen auf den europäischen Energiemärkten kommentierte der stellvertretende Vorsitzende des Ost-Ausschusses Burckhard Bergmann: »Russland ist der wichtigste externe Energielieferant Deutschlands«, erklärte Bergmann. Vor dem Hintergrund der hohen deutschen Importabhängigkeit, der geografischen Nähe Russlands und der russischen Ressourcen, sei dies auch naheliegend. »Russland hat die größten Gasreserven der Welt, die zweitgrößten Kohlereserven und die siebtgrößten Ölreserven und kann sich in seiner politischen Stabilität sicherlich mit anderen großen Exportquellen vergleichen«, so Bergmann weiter. »Ein zukünftiger Ausbau der russischen Erdgaslieferung in die EU ist machbar und vertretbar. Offen ist aber, welche Mengen dahinter stehen vor dem Hintergrund von Unsicherheiten in der Nachfrageentwicklung, die größer sind als jemals zuvor.«

Bedingt würden die Unsicherheiten durch neue Energiekonzepte, insbesondere in Deutschland, wo ein starker Rückgang des Energieverbrauchs angestrebt werde, bei gleichzeitigem starkem Ausbau der erneuerbaren Energien und Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke. »Erdgas kommt im Energiekonzept der Bundesregierung zu kurz, obwohl es der Energieträger mit den geringsten Treibhausgas-Emissionen ist«, merkte Bergmann kritisch an. Erdgas sei flexibel einsetzbar und die Importabhängigkeits-Diskussion bedürfe einer neuen Bewertung vor dem Hintergrund des zunehmenden Angebots aus neuen Quellen.

Für Osteuropa sei es dennoch wichtig, bei der teilweise hohen Erdgas-Importabhängigkeit von Russland, leistungsstark mit dem weiteuropäischen Gasnetz verbunden zu werden, um hypothetische Lieferstörungen ausgleichen zu können. »Hierzu ist ein erheblicher Netzausbau notwendig«, so Bergmann. »Des Weiteren kommt es in osteuropäischen Ländern darauf an, die Marktliberalisierung auch zielstrebig zu vollenden.«

Vorsichtig äußerte sich Bergmann zu den Realisierungschancen des Pipeline-Projekts Nabucco, das Westeuropa unter Umgehung Russlands mit zentralasiatischen Erdgas-Quellen verbinden soll: »Das Projekt ist sicherlich aus geopolitischer Sicht wünschenswert, es gibt aber vor dem Hintergrund der Preisvolatilität des europäischen Marktes, des aktuell begrenzten Mengenangebots und der Rolle des Transitlandes Türkei hohe Hürden.«

Dr. Tessen von Heydebreck, Vorstandsmitglied des Ost-Ausschusses, berichtete über die Lage auf den europäischen Finanzmärkten. »Das Bankensystem in Mittel- und Osteuropa hat die Krise im Großen und Ganzen überwunden«, kommentierte von Heydebreck. »Allerdings sind die Banken in der Region zurzeit nur bedingt fähig, Wachstum zu finanzieren. Die Kapitalmärkte stehen Emittenten und Kreditnehmern aus Mittel- und Osteuropa offen. Aber, die Märkte bleiben volatil und die Marktteilnehmer differenzieren sehr genau zwischen den unterschiedlichen Kapitalmarktakteuren.«

Anmerkung

Mangold, Bergmann und von Heydebreck zogen am 13. Oktober letztmals für den Ost-Ausschuss Bilanz. Nach über zehn Jahren im Vorstand des Ost-Ausschusses geben Sie zum 1. Dezember 2010 ihre Ämter ab. Zum neuen Vorsitzenden des Ost-Ausschusses wurde am 14. Oktober Eckhard Cordes, Vorstandsvorsitzender der Metro Group, gewählt. Die Mitgliederversammlung des Ost-Ausschusses wählte neben Eckhard Cordes vier neue Mitglieder in den Vorstand: Cathrina Claas-Mühlhäuser (Aufsichtsratsvorsitzende der Claas KGaA mbH), Hans-Ulrich Engel (Mitglied des Vorstands der BASF SE), Jürgen Fitschen (Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG) und Johannes Teyssen (Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG). Dem Gremium gehören weiterhin auch Heinrich Weiss (Vorsitzender der Geschäftsführung der SMS Group) und Werner Schnappauf (Hauptgeschäftsführer BDI) an.

Vom 20. Oktober bis zum 4. November 2010

20.10.2010	Wjatscheslaw Wolodin, bisher Stellvertretender Sprecher der Staatsduma und Sekretär im Präsidium des Generalrats von »Einiges Russland«, wird Stellvertretender Ministerpräsident und Nachfolger Sergei Sobjanins.
21.10.2010	Sergei Sobjanin wird neuer Bürgermeister Moskaus. Das Moskauer Stadtparlament bestätigt die Nominierung Sobjanins durch den Präsidenten Dmitri Medwedew.
21.10.2010	Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der das Exportverbot von Getreide bis Juli 2011 verlängert. Auf Grund der Ernteauffälle in Folge der Rekordhitze wurde am 15. August ein Ausfuhrstopp von Getreide aus Russland bis Ende des Jahres verhängt.
23.10.2010	Auf dem Puschkinplatz in Moskau demonstrieren ca. 1.500 Mitglieder der Opposition. Die Demonstranten fordern den Rücktritt von Ministerpräsident Putin und der Regierung, die Auflösung der beiden Parlamentskammern, die Durchführung freier Wahlen, eine Reform des Innenministeriums und die Verabschiedung eines transparenten Staatshaushaltes.
25.10.2010	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt erstmals eine Versammlung am 31. Oktober auf dem Moskauer Triumphalplatz. Verschiedene Oppositionsgruppen rufen zur Verteidigung von Artikel 31 der Russischen Verfassung auf, der die Versammlungsfreiheit garantiert. Nachdem in der letzten Woche eine Versammlung für 200 Teilnehmer genehmigt wurde, ist die Demonstration nach Protesten nun für 1.000 Personen zugelassen.
26.10.2010	Transparency International veröffentlicht den Korruptionswahrnehmungsindex für das Jahr 2010. Russland wird weit unten auf Rang 154 des Index eingestuft (2009: 146).
27.10.2010	Der Föderationsrat bestätigt Änderungen des Gesetzes »Über Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Umzüge und Streiks«, die am 22.10. von der Staatsduma angenommen wurden. Demnach werden in die Liste öffentlicher Veranstaltungen Aktionen mit Beteiligung von Verkehrsmitteln aufgenommen und somit Proteste von Autofahrern eingeschränkt. Zudem muss die Veranstaltung drei Werktage (bisher drei Kalendertage) vorher angemeldet werden.
27.10.2010	Präsident Dmitri Medwedew bringt den Entwurf des Gesetzes »Über die Polizei« in der Staatsduma ein.
28.10.2010	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt einen Skinhead wegen 15 Morden aus Völker- und Rassenhass zu lebenslänglicher Haft.
28.10.2010	Der Leiter der Moskauer Abteilung des Innenministeriums, Wladimir Kolokolzew, ordnet per Erlass an, dass das Personal der Moskauer Polizei um 12 % gekürzt wird. Die Abteilung der Umweltpolizei wird komplett aufgelöst.
31.10.2010	Auf dem Moskauer Triumphalplatz versammeln sich, zum ersten Mal mit Genehmigung der Behörden, 800 Oppositionelle der Moskauer Helsinki Gruppe, dem Menschenrechtszentrum »Memorial« sowie der Bewegung »Für Menschenrechte« und demonstrieren für die Einhaltung des Artikels 31 der Russischen Verfassung, der die Versammlungsfreiheit garantiert.
01.11.2010	Für 25.000 Moskauer Beamte beginnt die Arbeit eine Stunde früher. Moskaus neuer Bürgermeister Sergei Sobjanin empfiehlt ihnen, schon um 8 Uhr zur Arbeit zu kommen, um die Zeiten hoher Verkehrsbelastung zu vermeiden. Die Regelung ist nicht verbindlich.
01.11.2010	Premierminister Wladimir Putin überzeugt sich in Werchnjaja Wereja, einem Dorf, das während der Waldbrände im Juni abgebrannt war, vom Stand des Wiederaufbaus des Dorfs. Die Maßnahmen sollten bis zum 1. November abgeschlossen sein und wurden per Videokameras überwacht. Des Weiteren hält Putin eine Videokonferenz mit hohen Beamten und Gouverneuren, aber auch mit einfachen Bürgern der von den Waldbränden in diesem Sommer betroffenen Regionen ab. Diese berichten ihm über den erfolgreichen Wiederaufbau.
02.11.2010	Japan hat seinen Botschafter vorübergehend aus Moskau abgezogen. Die japanische Regierung protestiert damit gegen den Besuch Dmitri Medwedews auf Kunaschir, der südlichsten Kurileninsel, der am 1. November stattgefunden hat. Japan erkennt die vier südlichsten Inseln des Kurilen-Archipels, die 1945 von der Sowjetunion besetzt wurden, nicht als Teil Russlands an.

02.11.2010	Michail Chodorkowski, ehemaliger Chef des Ölkonzerns Jukos, hält zum Abschluss des zweiten Gerichtsprozesses gegen ihn seine Schlussrede. Die Urteilsverkündung ist für den 15. Dezember angesetzt.
02.11.2010	Das Moskauer Stadtgericht weist die Klage der Menschenrechtsorganisation »Memorial« ab, die eine Offenlegung der 2004 geschlossenen Materialien zum Fall Katyn gefordert hatte.
03.11.2010	Viktor Tschernomyrdin, russischer Ministerpräsident von 1992–1998, stirbt im Alter von 73 Jahren.
03.11.2010	Die Staatsduma hebt die Immunität des Abgeordneten Aschot Jegiarsarjan, Mitglied der Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR), auf, der des Betrugs in besonders schwerem Ausmaß beschuldigt wird.
03.11.2010	Nach ersten Ergebnissen der Volkszählung der russischen Statistikbehörde vom 14.–25. Oktober 2010 beläuft sich die Einwohnerzahl Russlands auf 141,18 Mio. Menschen.
04.11.2010	Zum Feiertag der Nationalen Einheit, der an die Befreiung Moskaus von polnisch-litauischer Besetzung erinnert, demonstrieren in Moskau 20.000 Menschen um die kremltreue Jugendorganisation »Unsere« mit einem »Russischen Marsch«. Zur traditionellen Versammlung nationalistischer Gruppierungen unter dem Motto »Schutz der Rechte der Urbevölkerung« und dem Kampf gegen illegale Migration versammeln sich ca. 5000 Menschen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de